

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ I. Halbjahr 2007

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2007	1
1.2	Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung	4
1.3	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	5
1.4	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	12
1.5	Insolvenzen im Finanz- und Konjunkturmilieu	14
1.6	Große Firmeninsolvenzen	21
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	26
2.1	Gründungsbilanz	26
2.2	Parameter der Unternehmensfluktuation	32
2.2.1	Branchenspezifisches Gründungsklima	32
2.2.2	Regionalanalyse	37
3	Zusammenfassung	41
4	Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima	45

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen in Deutschland im ersten Halbjahr 2007

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im ersten Halbjahr 2007 weiter rückläufig – der Anstieg der Insolvenzen von Verbrauchern setzt sich deutlich fort. Um 14,3 Prozent nahm die Zahl der Unternehmenskonkurse in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres ab. Insgesamt sind 14.100 Fälle zu zählen – im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es noch 16.450.

Die reinen Verbraucherinsolvenzen liegen zum ersten Mal seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahr 1999 über der „50.000er Marke“: Im ersten Halbjahr 2007 beantragten 51.600 Personen die Restschuldbefreiung, die sich an das Insolvenzverfahren und die sechsjährige Wohlverhaltensperiode in der Regel anschließt. Das entspricht einem Zuwachs von 18,2 Prozent, den die Gerichte zu bewältigen hatten (Vorjahr: 43.650).

Die „sonstigen Insolvenzen“, die sich zusammen setzen aus den Konkursen von ehemals selbstständig Tätigen, den natürlichen Personen als Gesellschaftern sowie überschuldeten Nachlässen, stagnieren demgegenüber. Insgesamt waren hier 15.900 Fälle zu zählen. Im Vergleichszeitraum des Jahres 2006 lag die Zahl bei 15.950, was einer Abnahme um 0,3 Prozent entspricht.

Insgesamt bleibt ein weiterer Anstieg der gesamtinsolvenzen festzuhalten, der – wie beschrieben – allein aus der Zunahme der Insolvenzen natürlicher Personen resultiert. 81.600 Insolvenzen beschäftigten im ersten halben Jahr 2007 die Gerichte, das sind 7,3 Prozent oder 5.550 Fälle mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres.

Verbraucher und Unternehmen: Getrennte Wege

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006 Hj.	76.050	+ 16,3%	16.450	- 14,1%	43.650	+ 41,0%	15.950	+ 4,2%
2006	154.860	+ 13,4%	30.680	- 16,7%	92.450	+ 34,2%	31.730	+ 3,0%
2007 Hj. *)	81.600	+ 7,3%	14.100	- 14,3%	51.600	+ 18,2%	15.900	- 0,3%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Seit dem Jahr 2005 sind die Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland rückläufig. Hier wurden innerhalb der ersten sechs Monate des Jahres 2007 insgesamt 10.800 Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt – 14,8 Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Um 13,1 Prozent gestiegen sind hingegen die Verbraucherinsolvenzen, und zwar auf insgesamt 37.800 Fälle (Vorjahr: 33.420). Die sonstigen Insolvenzen liegen mit 11.300 Fällen (plus 0,4 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2006) mittlerweile über dem Niveau der Unternehmensinsolvenzen. Insgesamt 59.900 Konkurse stellen die alten Bundesländer, was einem Anstieg um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht (1. Halbjahr 2006: 57.360)

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006 Hj.	57.360	+ 16,0%	12.680	- 12,6%	33.420	+ 39,3%	11.260	+ 3,0%
2006	115.840	+ 11,8%	23.440	- 16,3%	69.840	+ 29,8%	22.560	+ 3,3%
2007 Hj. *)	59.900	+ 4,4%	10.800	- 14,8%	37.800	+ 13,1%	11.300	+ 0,4%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland setzte die rückläufige Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen schon früher als im Westen – nämlich im Jahr 2003 - ein. Mittlerweile sind hier nur noch 3.300 Unternehmenszusammenbrüche zu zählen (Vorjahr: 3.770). Die Verbraucherkonkurse hingegen legen ungleich deutlicher zu als im Westen, nämlich um 34,9 Prozent auf insgesamt 13.800 Fälle. Insgesamt sind in den neuen Bundesländern inklusive Berlin 21.700 Konkurse zu registrieren, was einem Anstieg von 16,1 Prozent entspricht.

***Starker Anstieg der
Verbraucherinsolvenzen in
Ostdeutschland***

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006 Hj.	18.690	+ 17,0%	3.770	- 18,9%	10.230	+ 47,2%	4.690	+ 7,1%
2006	39.020	+ 18,5%	7.240	- 18,0%	22.610	+ 49,8%	9.170	+ 1,8%
2007 Hj. *)	21.700	+ 16,1%	3.300	- 12,5%	13.800	+ 34,9%	4.600	- 1,9%

*) von Creditreform geschätzt

**) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein Westfalen waren in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres 3.420 Unternehmensinsolvenzen hinzunehmen. Das entspricht einem Rückgang von 19,7 Prozent – also überdurchschnittlich im Vergleich zu Deutschland insgesamt. Im ersten Halbjahr 2006 waren noch 4.260 Insolvenzanträge von Unternehmen gestellt worden. Die Insolvenzanträge der natürlichen Personen insgesamt belaufen sich auf 10.700, nachdem sie im vergangenen Jahr noch bei 10.360 Fällen gelegen hatten. Damit verzeichnet Nordrhein-Westfalen lediglich einen Anstieg um 3,3 Prozent. Insgesamt nehmen die Insolvenzen um 3,4 Prozent auf 14.120 Fälle (Vorjahr: 14.620) ab.

1.2 Das Verbraucherinsolvenzverfahren und die private Überschuldung

Insgesamt 67.500 Insolvenzanträge von Verbrauchern und ehemals selbstständig Tätigen waren es in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres – ein neuer Rekord, aber immer noch vergleichsweise wenig, zieht man die Zahl der überschuldeten Haushalte in Deutschland als Vergleichsmaßstab heran, die sich auf mittlerweile 3,4 Millionen summiert.

Die Möglichkeit der Restschuldbefreiung gibt es in Deutschland seit dem Jahr 1999. Ende 2001 wurde die damals noch junge Insolvenzordnung zum ersten Mal reformiert und schaffte deutliche Erleichterungen für die Schuldner. Zum einen wurde die Wohlverhaltensperiode von sieben auf sechs Jahre reduziert, zum anderen wurden völlig mittellosen Schuldnern die Gerichtskosten, die oftmals die Antragstellung verhindert hatten, gestundet. Dies führte zu einem explosionsartigen Anstieg der Insolvenzanträge bei Gericht. Mittlerweile liegen die ersten Zahlen zu den erteilten Restschuldbefreiungen vor. Eine Abfrage der Creditreform-Konsumenten-Datenbank ergab, dass bis einschließlich Februar 2007 insgesamt 5.254 Restschuldbefreiungen erteilt wurden.

Neunzig Prozent der Verbraucherverfahren sind seit Einführung der Stundungslösung so genannte masse-

Um 5.000 Restschuldbefreiungen erteilt

lose Verfahren. Wer nicht in der Lage ist, die anfallenden Gerichtskosten aufzubringen, wird auch seinen Gläubigern keine nennenswerte Befriedigung anbieten können. Das Problem: Den Ländern bleiben die Kosten, die sich pro Verfahren auf etwa 2.500 Euro belaufen. Ein Gesetz soll das jetzt ändern und das Verfahren effektiver, flexibler und weniger aufwändig gestalten. Der Referentenentwurf sieht bei völlig mittellosen Schuldnern vor, dass bei einer Abweisung des Insolvenzantrages mangels Masse das Insolvenzverfahren übersprungen wird und direkt in die sechsjährige Wohlverhaltensperiode übergeleitet werden kann. Dabei wird ein Treuhänder bestellt, an den der Schuldner den pfändbaren Teil seines Einkommens abtreten muss. Erst wenn der Schuldner zu mehr als 1.000 Euro Vermögen kommt, muss der Treuhänder dies öffentlich bekanntmachen und die Gläubiger auffordern, ihre Forderungen anzumelden. Die Kosten für die Länder könnten so auf etwa 800 Euro pro Verfahren reduziert werden.

Ohne förmliches Verfahren?

1.3 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die exakte Schadenshöhe, die Insolvenzen der Volkswirtschaft zufügen, ist nur schwer ermittelbar. Zum einen bleibt oftmals unbekannt, welcher Anteil der geltend gemachten Forderungssumme unberechtigt war, zum anderen kann nicht immer erfasst werden, ob und in welcher Größenordnung Rückflüsse bei den Gläubigern eingegangen sind. Auch kann es vorkommen, dass zum Zeitpunkt der Erhebung noch gar nicht alle Forderungen bekannt waren, weil die Gläubiger sie noch nicht zur Tabelle angemeldet hatten.

Die vom Statistischen Bundesamt destatis veröffentlichte Schadenshöhe für die Monate Januar und Februar beläuft sich auf 1,4 Milliarden Euro – auf das erste Halbjahr hochgerechnet wären das überschlägig 4,2 Milliarden Euro. In der Kommentierung der Statistik räumt destatis allerdings ein, dass die Forderungen von den Gerichten in einem sehr frühen Stadium des Verfahrens mitgeteilt werden und daher meistens nur auf Aussagen des Schuldners oder Schätzungen des Gerichtes beruhen.

Die von Creditreform ermittelte Schadenshöhe, die Unternehmensinsolvenzen verursachten, weil Gläubigerforderungen uneinbringlich blieben, reduzierte sich innerhalb des Vergleichszeitraumes parallel zum Rückgang der Unternehmensinsolvenzen. Im ersten Halbjahr 2007 beziffert sich die Schadenssumme auf 16,2 Milliarden Euro – im ersten Halbjahr 2006 betrug sie noch 17,1 Milliarden Euro.

Tab. 4: Insolvenzschiiden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schiiden	öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005	26,7	10,8	37,5
2006 Hj.	11,3	5,8	17,1
2006	22,4	8,7	31,1
2007 Hj. *)	10,8	5,4	16,2

*) von Creditreform geschätzt

Die Privatwirtschaft ist von Unternehmensinsolvenzen härter betroffen als die öffentliche Hand. So blieben bei den Ländern, Städten, Gemeinden und Kommunen sowie Sozialversicherungsträgern Forderungen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro (Vorjahr: 5,8 Milliarden Euro) unbefriedigt; die privaten Gläubiger - Lieferanten und Banken - hingegen mussten insgesamt Forderungen in Höhe von 10,8 Milliarden (Vorjahr: 11,3 Milliarden) Euro endgültig ausbuchen.

Tab. 5: Private Insolvenzverluste in Deutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. Euro	je Insolvenzfall in Euro
1999	17,9	672.000
2000	17,9	641.000
2001	22,0	679.000
2002	26,6	707.000
2003	27,9	707.000
2004	27,5	700.000
2005	26,7	725.000
2006 Hj.	11,3	687.000
2006	22,4	730.000
2007 Hj. *)	10,8	766.000

*) von Creditreform geschätzt

Bezieht man die Insolvenzschäden der privaten Gläubiger auf die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, erhält man die durchschnittliche Schadenssumme, die eine Unternehmensinsolvenz verursacht. Im ersten Halbjahr 2007 waren es im Schnitt 766.000 Euro, die unerfüllt blieben. Damit liegt der Wert über dem des ersten Halbjahres 2006 (687.000 Euro) und über dem Wert des Gesamtjahres 2006 (730.000 Euro).

***Weniger Insolvenzen, aber
höhere Schäden***

Der Pensions-Sicherungs-Verein (PSV), der die Betriebsrenten von Millionen Beschäftigten gegen die Insolvenz ihres Arbeitgebers absichert, senkte wegen der geringeren Zahl von Zahlungsausfällen im Jahr 2006 abermals seine Beiträge von 4,9 auf 3,1 Promille. Eine weitere Verbesserung sei hingegen nicht absehbar, so der PSV. Die zu Anfang dieses Jahres verzeichnete Schadensentwicklung aus Insolvenzen liege auf hohem Niveau. Die rund 65.000 Mitgliedsunternehmen bezahlten für die gesetzlich vorgeschriebene Absicherung der von ihnen gewährten Betriebsrenten im vergangenen Jahr insgesamt 826 Millionen Euro. Bemessungsgrundlage für den Beitragssatz sind die Pensionsrückstellungen, die einen Gesamtwert von 264 Milliarden Euro haben. Die Zahl der Insolvenzen sank von 714 auf 514. Dadurch halbierte sich die Zahl der abzusichernden Betriebsrenten und Anwartschaften auf knapp 27.000. Für diesen Zweck benötigt der PSV 791 Millionen Euro.

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001	21.750	11.953	55,0
2002	26.550	10.930	41,2
2003	29.650	11.830	39,9
2004	30.080	11.550	38,4
2005	28.020	10.050	35,9
2006 Hj.	12.680	4.170	32,9
2006	23.440	7.810	33,3
2007 Hj. *)	10.800	3.600	33,3

*) von Creditreform geschätzt

Insolvenzverschleppung und Masselosigkeit

Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Unternehmensinsolvenzverfahren in Westdeutschland nimmt zum ersten Mal seit Einführung der Insolvenzordnung leicht zu. Wurden im ersten Halbjahr 2006 noch 67,1 Prozent aller Verfahren eröffnet, so sank dieser Anteil im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 66,7 Prozent ab. Dieses Ergebnis erstaunt umso mehr, als es – zumindest bei den Kapitalgesellschaften – überhaupt keine Abweisung mangels Masse geben dürfte. Schließlich sind die Verantwortlichen nicht nur bei Zahlungsunfähigkeit verpflichtet, einen Insolvenzantrag zu stellen, sondern auch bei einer Überschuldung, die dann vorliegt, wenn durch das vorhandene Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr gedeckt sind – also in der Regel vor Eintritt der Zahlungsunfähigkeit. Eine Zahlungsunfähigkeit liegt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes bereits dann vor, wenn zehn Prozent der fälligen Forderungen über einen Zeitraum von drei Wochen nicht beglichen werden können. Jeder mangels Masse abgewiesene Insolvenzantrag einer Kapitalgesellschaft zieht ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Insolvenzverschleppung nach sich, da die Verantwortlichen verpflichtet sind, die Liquidität ihres Unternehmens laufend zu prüfen.

In Ostdeutschland ist die Zahl der mangels Masse abgelehnten Insolvenzverfahren wie in den Jahren zuvor

rückläufig und liegt mittlerweile unter dem Niveau von Westdeutschland. Noch nicht einmal jeder dritte Antrag in den neuen Bundesländern wird mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse abgelehnt (30,3 Prozent; Vorjahr: 36,1 Prozent).

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001	10.640	5.810	54,6
2002	11.070	6.280	56,7
2003	9.820	4.700	47,9
2004	9.190	4.110	44,7
2005	8.830	3.540	40,1
2006 Hj.	3.770	1.360	36,1
2006	7.240	2.380	32,9
2007 Hj. *)	3.300	1.000	30,3

*) von Creditreform geschätzt

Kernstück der 1999 eingeführten Insolvenzordnung war das so genannte Insolvenzplanverfahren, das nach der Intention des Gesetzgebers vor allem als Sanierungsinstrument Verwendung finden sollte. Eine jüngst veröffentlichte Studie des Instituts für Mittelstandsforschung untersuchte, warum der Insolvenzplan bislang so wenig Verbreitung gefunden hat. So wurden zwischen 1999 und 2005 nur rund 800 solcher Verfahren eingeleitet. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es vor allem der unzureichende Bekanntheitsgrad bei Gläubigern und Unternehmen sowie Vorbehalte und geringe Vertrautheit vieler Insolvenzverwalter und Insolvenzgerichte gegenüber diesem Verfahren sind, die Sanierungen verhindern. Erkenntnisse über die Erfahrungen mittelständischer Unternehmen mit Insolvenzplanverfahren sowie deren praktische Umsetzung lägen zudem allenfalls rudimentär vor, so dass die Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen zur Verfahrenspromotion und zur Unternehmensunterstützung durch eine unzureichende Informationslage erschwert werde, so das IfM.

Zu wenig Insolvenzpläne

Exkurs: Das Insolvenzplanverfahren – Sanierungsoption für mittelständische Unternehmen

(Zusammenfassende Ergebnisse einer Studie des IfM)

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass das Insolvenzplanverfahren ein konzeptionell überzeugendes Instrument sei, das eine Unternehmensneustrukturierung und -sanierung unter speziellen, begünstigenden Bedingungen ermögliche. Insbesondere drei bestehende Effekte würden für eine Sanierung mittels Insolvenzplan sprechen, fanden die Forscher durch Befragung von 50 Unternehmen, die das Planverfahren durchlaufen haben, heraus: die Befriedigungsquoten für die Gläubiger, die Verfahrensdauer sowie die Arbeitsplatzsicherung. So sahen die Insolvenzpläne im Durchschnitt eine Befriedigungsquote von 20 Prozent vor, wohingegen im Liquidationsfall im Schnitt nur gut 6 Prozent angeboten wurden. Die gerichtliche Bestätigung des vorgelegten Insolvenzplanes erfolgte im Schnitt nach anderthalb Jahren und damit schneller als im Regelinsolvenzverfahren. Schließlich konnten etwa drei Fünftel der vor der Insolvenz bestehenden Arbeitsplätze erhalten werden.

Eine stärkere Nutzung des Insolvenzplanverfahrens sei demnach ökonomisch wünschenswert. Dazu unabdingbar seien gezielte Aufklärungs- und Informationskampagnen, um insolventen Unternehmen wie auch Gläubigern das Instrument Insolvenzplanverfahren und dessen Vorzüge speziell für angestrebte Sanierungen bewusst zu machen. Bislang findet eine Förderung des Bekanntheitsgrades durch Wirtschafts- und Förderpolitik so gut wie nicht statt. So sehen die meisten Beratungs- und Finanzierungsprogramme auf Bundes- oder Landesebene lediglich Hilfen zur Krisenprävention im vorinsolvenzlichen Stadium vor. Lediglich Sachsen bietet – als einziges Bundesland – ein ganzheitliches Programm zur Unterstützung von insolvenzplangestützten Sanierungen an.

Dem deutschen Insolvenzrecht wird gerade in jüngster Zeit verstärkt Sanierungsfeindlichkeit vorgeworfen, seit immer mehr Unternehmen versuchen, ihren Unternehmenssitz in der Krise nach England zu verlagern.

Als Beispiele seien hier die Deutsche Nickel und Scheffacker genannt. Kritisiert werden insbesondere die Auswahlkriterien zur Bestellung des Insolvenzverwalters, die nur unzureichend gegebene Möglichkeit des Tauschs von Forderungen gegen Anteile am Unternehmen (Debt-to-Equity-Swap) und die strikten Insolvenzantragspflichten, die im Falle der Nichteinhaltung ein Ermittlungsverfahren wegen Insolvenzverschleppung nach sich ziehen.

Übersehen wird dabei, dass in Deutschland die „übertragende Sanierung“ dem „Debt-Equity-Swap“ Modell vorgezogen wurde. Sie ermöglicht die Veräußerung des Unternehmens im Insolvenzverfahren auch ohne Zustimmung der Altgesellschafter. Einer Umwandlung in Eigenkapital bedarf es dann nicht mehr. Die Vermögensgegenstände werden auf einen neuen Rechtsträger übertragen, der dann an einen Investor verkauft wird – zu einem marktgerechten Preis. Ein „Debt-Equity-Swap“ nützt hingegen hauptsächlich den Finanzinvestoren: Durch die Umwandlung von Forderungen in Eigenkapital können sie Unternehmen häufig unter Wert erwerben.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die Auswahl des Insolvenzverwalters, der in Deutschland durch das Gericht bestimmt wird, in England aber vom Investor, den Gläubigern oder sogar von der Geschäftsführung des kriselnden Unternehmens selbst ausgesucht werden kann. Dabei wird nach Einschätzung von Siegfried Beck, Bundesvorsitzender des Verbands der Insolvenzverwalter, allerdings verschwiegen, dass selbst im angelsächsischen Rechtsraum gegen diese Praxis Kritik laut wird. „Dieses Vorgehen begünstigt ein Zusammenspiel zwischen Beratern und gescheiterten Geschäftsführern – zu Lasten der Gläubiger“. Außerdem gäbe es in Deutschland – wenn ein Mitspracherecht der Altgesellschafter erwünscht sei – das Institut der Eigenverwaltung. Nach Meinung von Beck gehe es den Interessengruppen vornehmlich darum, insolvenzreife Unternehmen einem geordneten deutschen Verfahren zu entziehen und ein höchst profitables Beratungsprodukt an den Mann zu bringen. So soll Scheffe-

Deutsches Sanierungsmodell sachgerecht

nacker an Berater und Banken ein Honorar von 40 Millionen Euro gezahlt haben.

Nicht ganz von der Hand zu weisen ist allerdings die Forderung nach einer größeren Professionalität der Insolvenzrichter. Während in Großbritannien der High Court mit der Insolvenzabwicklung betraut ist, sind es in Deutschland die Amtsrichter. Eine Fortbildungspflicht für Insolvenzrichter oder die Schaffung größerer Gerichtseinheiten, die die Komplexität gerade großer Verfahren besser bewerkstelligen könnten, wären wünschenswert.

1.4 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland sank im Mai 2007 auf den tiefsten Stand seit fünf Jahren und lag bei 3,8 Millionen. Das waren 732.000 weniger als im Vorjahr und der tiefste Stand seit November 2001.

Bei der Ermittlung der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste verhält es sich ähnlich wie bei den Insolvenzschäden: Eine exakte Zahl ist nur schwer zu bestimmen. Zum einen verlassen viele Arbeitnehmer schon im Vorfeld einer Insolvenz das Unternehmen, zum anderen kann bei Veräußerung eines insolventen Unternehmens die gesamte Belegschaft oder Teile davon von einem Nachfolgeunternehmen übernommen werden. Eine Abfrage der Creditreform Datenbank ergab, dass im ersten Halbjahr 2007 etwa 188.000 Arbeitnehmer von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen waren. Das entspricht einem deutlichen Rückgang von 19,6 Prozent. Im ersten Halbjahr 2006 waren noch 234.000 insolvenzbedingte Arbeitsplatzverluste gezählt worden.

Rückgänge bei den betroffenen Arbeitnehmern

Tab. 8: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006 Hj.	234.000	- 13,0
2006	473.000	- 16,0
2007 Hj. *)	188.000	- 19,7

*) von Creditreform geschätzt

Auch das Statistische Bundesamt ermittelt die Zahl der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste und kommt für die ersten beiden Monate des laufenden Jahres auf insgesamt 21.881 Betroffene. In der Kommentierung der Zahlen räumen die Statistiker vom Bundesamt allerdings ein, dass die Meldung der betroffenen Arbeitnehmer vielfach in der Statistik fehle und die Zahl der zum Zeitpunkt des Insolvenzantrages gemeldeten Beschäftigten als zu niedrig eingeschätzt werden muss und daher nur einen Trend aufzeigen könne.

Einen Hinweis auf die tatsächliche Höhe der insolvenzbedingten Arbeitsplatzverluste konnte in der Vergangenheit die Statistik der Bundesagentur für Arbeit geben, die die Anträge auf Insolvenzgeld zählt, das Arbeitnehmern auf die ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen für die vorvergangenen drei Monate zusteht. Allerdings sind aufgrund eines geänderten Meldewesens und einer neuen Erfassungsweise von Meldungen zur Insolvenzstatistik zu diesem Themenbereich aktuell keine Zahlen verfügbar.

1.5 Insolvenzen im Finanz- und Konjunkturmilieu

Exkurs: Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens tritt am 1. Juli 2007 in Kraft

Das Gesetz zur Vereinfachung des Insolvenzverfahrens, das am 17. April dieses Jahres im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, soll der Modernisierung und Anpassung des Verfahrens an die aktuellen Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation dienen. Künftig soll das Insolvenzgeschehen lückenlos auf einer bundeseinheitlichen Internetplattform dokumentiert werden. Dazu werden vor allem rechtliche Grundlagen für die öffentliche Bekanntmachung über das Internet geschaffen. Auch die Anpassungen bei der Postsperrung sowie die öffentliche Bekanntmachung bei einer Abweisung mangels Masse werden geregelt.

Ferner werden die so genannten geschlossenen Listen verboten, in die Bewerbungen als Insolvenzverwalter nur aufgenommen werden, wenn eine Person ausscheidet. Damit soll klargestellt werden, dass der Insolvenzverwalter aus dem Kreis aller zur Übernahme bereiten Personen ausgewählt werden muss. Der Gesetzentwurf entspricht damit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Des Weiteren sieht das Gesetz vor, dass Sanierungen nur unter engen Voraussetzungen im eröffneten Verfahren bereits vor dem Berichtstermin zugelassen werden, um außergewöhnlich günstige Verwertungschancen bereits in diesem frühen Verfahrensstadium nutzen zu können. Für den Insolvenzverwalter wird ferner die Möglichkeit eröffnet, einzelne Gegenstände aus der Masse freizugeben.

Rückgänge bei den betroffenen Arbeitnehmern

Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen zieht sich durch sämtliche Hauptwirtschaftsbereiche. Die deutlichste Abnahme verzeichnen die Betriebe aus der Baubranche: Meldeten im vergangenen Jahr noch 3.220 Unternehmen dieses Hauptwirtschaftsbereiches Insolvenz an, so sind es aktuell nur noch 2.540, was einem Rückgang um 21,1 Prozent entspricht. Im Os-

ten gingen die Insolvenzen sogar um 22,1 Prozent auf 810 betroffene Betriebe zurück (Vorjahr: 1.040). Im Handel und bei den Dienstleistern hingegen sind die Abnahmen nur unterdurchschnittlich. Während beim Handel für Gesamtdeutschland ein Rückgang um 12,0 Prozent zu verzeichnen ist, sind es in den neuen Bundesländern gerade einmal 3,3 Prozent.

In die Schlagzeilen geraten aktuell gerade die Autohändler, die einerseits immer höhere Rabatte gewähren müssen und sich auf der anderen Seite vermehrter Konkurrenz von Seiten der freien KfZ-Werkstätten ausgesetzt sehen. Die Risikoquote im Bereich Handel mit Kraftwagen liegt bei 270, die durchschnittliche Risikoquote über alle Branchen in Deutschland liegt bei 93 (siehe Tabelle 10).

7.160 Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor beantragten im ersten Halbjahr 2007 die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Unternehmen – im vergangenen Jahr waren es noch 8.050, was einem Rückgang von 11,1 Prozent entspricht.

Alle Branchen verbessert

Tab. 9: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2007 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	1.110 (1.480)	10,2 (11,7)	- 25,0
Ost	350 (360)	10,6 (9,5)	- 2,8
Deutschland	1.460 (1.840)	10,4 (11,2)	- 20,7
Bau			
West	1.730 (2.180)	16,0 (17,2)	- 20,6
Ost	810 (1.040)	24,5 (27,6)	- 22,1
Deutschland	2.540 (3.220)	18,0 (19,6)	- 21,1
Handel			
West	2.350 (2.730)	21,8 (21,5)	- 13,9
Ost	590 (610)	17,9 (16,2)	- 3,3
Deutschland	2.940 (3.340)	20,9 (20,3)	- 12,0
Dienstleist.			
West	5.610 (6.290)	51,9 (49,6)	- 10,8
Ost	1.550 (1.760)	47,0 (46,7)	- 11,9
Deutschland	7.160 (8.050)	50,8 (48,9)	- 11,1
Gesamt			
West	10.800 (12.680)	99,9 (100,0)	- 14,8
Ost	3.300 (3.770)	100,0 (100,0)	- 12,5
Deutschland	14.100 (16.450)	100,1 (100,0)	- 14,3

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Wie Tabelle 10 verdeutlicht, ist die Baubranche – trotz des deutlichen Rückgangs – noch immer die am meisten von Insolvenzen betroffene Branche: Von 10.000 existenten Unternehmen aus dem Bereich Bau sind im ersten Halbjahr 2007 157 in Konkurs gegangen. Das entspricht im Verlauf des Jahres einem Rückgang von durchschnittlich 49 Unternehmen, liegt insgesamt aber nach wie vor klar über dem Durchschnittswert von 93 für Deutschland insgesamt. Das Verarbeitende Gewerbe nimmt – wie auch schon in den Jahren zuvor – die Spitzenposition der Branchen ein: Lediglich 77 (Vorjahr: 102) von 10.000 aktiven Unternehmen mussten im vergangenen halben Jahr Insolvenz anmelden.

Tab. 10: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	77
<u>hierunter:</u>	
Lederverarbeitung	451
Herstellung von Konditorwaren	388
Textilveredelung	354
Baugewerbe	157
<u>hierunter:</u>	
Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe	569
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	506
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	457
Handel	83
<u>hierunter:</u>	
Großhandel mit Textilien	482
sonst. Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	461
Facheinzelhandel a. n. g. in Verkaufsräumen	455
Dienstleistungen	88
<u>hierunter:</u>	
private Kurierdienste	724
Diskotheken und Tanzlokale	661
private Paketdienste	629
Gesamt	93
<u>hierunter:</u>	
Westdeutschland	86
Ostdeutschland	123

Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik

Nach wie vor ist die relative Insolvenzbetroffenheit in den neuen Bundesländern ungleich höher als in den alten. Während von 10.000 Unternehmen im Westen nur 86 Pleite gingen, sind es im Osten 123.

Mehr als die Hälfte (55,5 Prozent; Vorjahr: 52,4 Prozent) der Unternehmensinsolvenzen betreffen Kleingewerbetreibende. Bei den Kapitalgesellschaften liegt die GmbH mit deutlichem Abstand vorn. 30,6 Prozent (Vorjahr: 33,4 Prozent) des gesamten Insolvenzgeschehens gehen auf das Konto der GmbH.

Tab. 11: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2007

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,6 (3,2)	2,9 (2,6)	3,4 (3,1)
Kleingewerbetreibende	52,8 (49,9)	66,7 (61,7)	55,5 (52,4)
BGB-Gesellschaft	0,9 (1,2)	0,7 (1,5)	0,9 (1,3)
Einzelfirma	4,5 (4,6)	2,5 (2,2)	4,1 (4,1)
OHG	0,3 (0,4)	0,1 (0,2)	0,2 (0,4)
KG	0,4 (0,6)	0,6 (0,2)	0,5 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,0 (4,2)	2,0 (1,9)	3,6 (3,7)
GmbH	32,4 (34,6)	23,4 (28,5)	30,6 (33,4)
AG	0,6 (0,7)	0,3 (0,3)	0,6 (0,6)
eG	0,0 (0,0)	0,2 (0,3)	0,1 (0,1)
e. V.	0,5 (0,4)	0,6 (0,7)	0,5 (0,5)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Nicht separat aufgeführt ist die Rechtsform der Private Company Limited by Shares oder kurz Limited, deren Gründung in Deutschland im Prinzip erst seit dem Jahr 2003 möglich ist. Eine Abfrage der Creditreform Datenbank ergab, dass zum Stichtag 4. Juni 2007 insgesamt 32.600 Limiteds existieren. Knapp 3.600 davon wurden in die Bonitätsklasse 600 eingestuft, das heißt, die Unternehmung ist insolvent. Errechnet man daraus die Risikoquote (also die Insolvenzbetroffenheit pro 10.000 Unternehmen) – kommt man auf 1.104 – das heißt: Von 10.000 existenten Limiteds sind 1.104 zahlungsunfähig oder überschuldet. Zum Vergleich: Setzt man den Unternehmensbestand der GmbH ins Verhältnis zu den Insolvenzen dieser Rechtsform aus den Jahren 2003 bis zum ersten Halbjahr 2007 kommt man

Ltd. mit unbeschränkter Insolvenzanfälligkeit

auf eine Risikoquote von 580 – also in etwa die Hälfte – und wie die Tabelle 11 darstellt, ist die GmbH im Vergleich zu anderen Rechtsformen schon überdurchschnittlich insolvenzanfällig. Hinzu kommt, dass nach Angaben von destatis die Eröffnungsquote von Limiteds im Insolvenzverfahren mit 30 Prozent deutlich niedriger ist als bei allen anderen Rechtsformen.

Tab. 12: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2007 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	3.590 (3.630)	25,5 (22,1)
> 0,1 – 0,25	3.370 (3.880)	23,9 (23,6)
> 0,25 – 0,5	2.440 (2.960)	17,3 (18,0)
> 0,5 – 5,0	4.060 (5.250)	28,8 (31,9)
> 5,0 – 25,0	550 (640)	3,9 (3,9)
> 25,0 – 50,0	60 (70)	0,4 (0,4)
> 50,0	30 (20)	0,2 (0,1)
Gesamt	14.100 (16.450)	100,0 (100,0)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Die meisten insolventen Unternehmungen verzeichneten einen Umsatz zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro pro Jahr. 28,8 Prozent (Vorjahr: 31,9 Prozent) der Insolvenzen kommen aus dieser Umsatzgrößenklasse. Am meisten zugenommen hat aber der Anteil der Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen. Aktuell kommt jedes vierte insolvente Unternehmen (25,5 Prozent) aus der Umsatzgrößenklasse unter 100.000 Euro pro Jahr. Im letzten Jahr waren es noch 3,4 Prozentpunkte weniger. Ebenfalls zugenommen hat der Anteil der Unternehmen, die mehr als 50 Millionen Euro im Jahr umsetzen, und zwar von 0,1 auf 0,2 Prozent. Das entspricht zehn Betrieben.

**Tab. 13: Insolvenzen nach Unternehmensalter im
1. Halbjahr 2007**

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	17,8 (18,0)	15,3 (14,1)	17,3 (17,2)
3 bis 4 Jahre	17,5 (16,1)	13,3 (15,7)	16,7 (16,0)
5 bis 6 Jahre	12,1 (12,7)	13,0 (13,1)	12,3 (12,8)
7 bis 8 Jahre	9,7 (11,0)	13,5 (12,7)	10,4 (11,3)
9 bis 10 Jahre	7,8 (7,6)	9,9 (9,3)	8,2 (8,0)
über 10 Jahre	35,1 (34,6)	35,0 (35,1)	35,1 (34,7)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

Der Blick auf die Insolvenzen nach Unternehmensalter offenbart eine Zweiteilung der Entwicklung: Zum einen stieg die Zahl der Betriebe, die innerhalb der ersten vier Jahre die Segel streichen mussten, von 33,2 Prozent auf 34,0 Prozent. Zum anderen stieg aber auch die Insolvenz betroffenheit der Unternehmen, die schon zehn Jahre und mehr am Markt existieren, nämlich auf 35,1 Prozent (Vorjahr: 34,7 Prozent).

„Mittelalter“ stabiler

**Tab. 14: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen
in Prozent im 1. Halbjahr 2007**

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	78,1 (76,2)	79,3 (73,8)	78,4 (75,7)
6 – 10 Personen	10,0 (11,0)	10,9 (12,4)	10,2 (11,3)
11 – 20 Personen	6,1 (6,6)	6,0 (7,3)	6,0 (6,7)
21 – 50 Personen	3,9 (4,2)	3,1 (4,7)	3,7 (4,3)
51 – 100 Personen	1,0 (1,3)	0,5 (1,2)	0,9 (1,3)
> 100 Personen	0,9 (0,7)	0,2 (0,6)	0,8 (0,7)

Angaben in Prozent; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

Wie schon bei den Ergebnissen der Tabelle 12 zu vermuten war, steigt der Anteil der Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen – auch im Hinblick auf die Personaldecke - weiter an. Insgesamt 78,4 Prozent aller Insolvenzen betreffen Unternehmen, die weniger als 6 Beschäftigte hatten. Im vergangenen Jahr waren es noch 75,7 Prozent.

Parallel zum leichten Anstieg der Insolvenzen in der höchsten Umsatzklasse stieg aber auch der Anteil der

Eigenkapital leicht erholt

Unternehmen, die mehr als 100 Personen beschäftigen um 0,1 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent an. Zusammen mit dem erhöhten Schadensaufkommen pro Insolvenzfall und den Aussagen des PSV deutet sich ein Wiederanstieg der Insolvenzen von großen Konzernen an. So sind im ersten Halbjahr 2007 auch deutlich mehr Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern von der Insolvenz betroffen, als noch vor einem Jahr (siehe dazu auch Kapitel 1.6).

Tab. 15: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zur Bilanzsumme

■	bis 10%	31,6 (34,0)
	bis 20%	25,0 (25,3)
	bis 30%	18,4 (17,6)
	über 30%	25,0 (23,1)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben

Die Eigenkapitalsituation entspannt sich auch dank der anhaltend günstigen konjunkturellen Situation zusehends. Jedes vierte Unternehmen (25,0 Prozent) in Deutschland ist aktuell mit einer ausreichenden Menge (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme) Eigenkapital versorgt, im vergangenen Frühjahr waren es noch 1,9 Prozentpunkte weniger. Dagegen sinkt der Anteil an Unternehmen, die über weniger als zehn Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme verfügen, von 34,0 auf 31,6 Prozent ab.

Exkurs: Private Equity-Fonds entdecken insolvente Unternehmen für sich

Private Equity-Fonds (PE) sind nicht mehr wegzudenken. Neuerdings finden PE-Fonds vermehrt Gefallen an kriselnden und insolventen Unternehmen - die enormen Finanzzuflüsse bergen jedoch auch Risiken. Vor allem in den letzten Monaten haben auf Restrukturierung spezialisierte Fonds in der Pleite zugeschlagen. So übernahm der fast 70-jährige Wilbur Ross mit seinem PE-Fonds die deutschen Töchter des angeschlagenen US-Autozulieferers Collins & Aikman, Matlin-Patterson übernahm die Geldtransporterfirma Heros und bei Ihr Platz ist neben Goldman Sachs seit

Oktober 2006 auch der Finanzinvestor Fortress mit an Bord. Der Reiz liegt für Investoren in den – im Erfolgsfall – deutlich höheren Gewinnen bei Übernahme einer insolventen Unternehmung, verbunden natürlich auch mit einem erhöhten Risiko.

PE-Gesellschaften finanzieren Firmenkäufe häufig durch Fremdkapital mit dem Ziel, bei dieser Investition eine Rendite zu erzielen, die über den Finanzierungskosten des Fremdkapitals liegt (Leveraged Buy-Out). Nicht zuletzt wegen der günstigen Fremdkapitalbeschaffung und niedriger Bankzinsen boomt das Geschäft. In Fachkreisen fürchten allerdings viele, dass die Blase platzen könnte, sobald die Zinsen steigen oder die erwartete Rendite aus dem erworbenen Unternehmen nicht mehr erzielt wird. Durch Mehrheitsbeteiligungen und den Einfluss auf das Management sorgen die Investoren dafür, dass ihre Einlagen in kurzer Zeit hohe Renditen abwerfen – mit Margen bis zu 40 Prozent. Wie Peter Reuter und Sascha Woltersdorf in der INDat schreiben, erscheint es derzeit immer schwieriger, geeignete Anlageobjekte zu finden, so dass deren Kaufpreise unverhältnismäßig hoch ansteigen. Diese Summen und die enorme Gewinnerwartung muss das Unternehmen dann wieder einspielen.

Dass sich diese Spirale nicht unendlich drehen kann, ist offensichtlich. Die EZB hat den Euro-Leitzins auf 4 Prozent erhöht, und angedeutet, dass weitere Erhöhungen folgen könnten. Wenn die Zinskosten steigen und das operative Geschäft schlechter läuft als gedacht, können Unternehmen, die in Besitz von Beteiligungsgesellschaften sind, schnell in die Zahlungsunfähigkeit rutschen.

Hohe Risiken bei Insolvenzen für Private Equity

1.6 Große Firmeninsolvenzen

Im ersten Halbjahr 2006 machten insbesondere die Pleiten der Heros Sicherheitsdienste, der Georg von Opel GmbH und der Nici AG von sich reden. Auch im ersten Halbjahr 2007 sind einige Konzerninsolvenzen zu beklagen, darunter drei Bauunternehmen.

Zu schnelles Wachstum

Den Anfang macht die **ISE Innomotive Systems Europe GmbH**, die am 22. Januar 2007 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen drohender Zahlungsunfähigkeit stellte. Das Insolvenzverfahren über den Automobilzulieferer wurde am 01. April eröffnet. Betroffen sind knapp 2.000 Mitarbeiter der ISE Innomotive Systems Europe GmbH in Bergneustadt und etwa 800 Beschäftigte der ISE Industries GmbH in Bergneustadt, Duisburg und Witten. Branchenexperten sehen im Unternehmen durchaus Substanz. Es sei aber möglich, dass die Firma nach der Übernahme durch das Management 1997 zu schnell gewachsen und deshalb schwer zu steuern sei. Die ISE war eine Tochtergesellschaft der Alfred Teves GmbH. Als diese von der us-amerikanischen ITT-Gruppe übernommen wurde, spaltete sich die ISE ab und wurde vom eigenen Management gekauft und weitergeführt. ISE ist spezialisiert auf Überrollsysteme von Cabrios, liefert aber auch Karosserie- und Motorteile sowie Fahrwerkskomponenten.

Die **Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH** mit Sitz im ostfriesischen Wiesmoor hat am 23. April beim zuständigen Amtsgericht in Aurich einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit gestellt. Das Verfahren ist noch nicht eröffnet. Betroffen sind etwa 1.900 Mitarbeiter, darunter rund 800 in Wiesmoor. Nach Angaben des vorläufigen Insolvenzverwalters Uwe Kuhmann bedeutet der Insolvenzantrag nicht zwangsläufig das Aus für das Bauunternehmen oder den Verlust aller Arbeitsplätze. „Eine Fortführung des Geschäftsbetriebes und Gespräche mit den Investoren ist das vorrangige Ziel aller Beteiligten zum Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze“, betonte der Insolvenzverwalter. „Wir werden uns intensiv bemühen, den Betrieb auf den Baustellen fortzuführen“. Die Unternehmensgruppe Bohlen & Doyen gehört zu den 20 größten in Deutschland. Sie gilt als Spezialist für die Verlegung von Pipelines und Versorgungsleitungen unter schwierigen Bedingungen. Die Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH ist das wichtigste Standbein der Gruppe. Sie hat bereits seit dem Jahr 2004 finanzielle Probleme. Damals wurde auf Druck der Banken ein nicht durch familiäre Bande an

das Unternehmen gebundener Vorstand eingesetzt. Seine Aufgabe war unter anderem, einen Investor zu finden, um einerseits die Schuldenlast zu verringern und andererseits neues Kapital für eine Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes für die Versorger zu bekommen. Diese Suche war allem Bekunden nach im März dieses Jahres abgeschlossen. Der Vertrag mit einem tschechischen Investor war unterschriftsreif, wobei die Unterschrift der Eigentümerfamilie die Mehrheit im Unternehmen gekostet hätte. In diesem Moment rissen die Eigentümerfamilien das Ruder herum. Ihnen soll ein besseres Angebot der Bremer Zechbau-Holding vorgelegen haben, das den Einfluss der Familien wahren und statt 52 nur 50 Prozent übernehmen wollte. Dieser Kauf und die durch den Kauf dringend erwartete Zuführung frischer Gelder ließ jedoch zu lange auf sich warten. Der Weg zum Insolvenzgericht war die notwendige Folge.

Bereits am 15. Januar wurde das Insolvenzverfahren über die **Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär, Heizung** eröffnet und sofort wegen Masseunzulänglichkeit wieder eingestellt. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens war zwingend notwendig geworden, nachdem der größte Kreditgeber der Schulte GmbH einen zweistelligen Millionenkredit fällig gestellt hatte. Da die Gesellschaft nach weitreichenden Restrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre nicht in der Lage war, den Kredit zurückzuzahlen, war der Tatbestand der Zahlungsunfähigkeit gegeben. Laut einer Pressemitteilung vom 15. Januar hat die Richter und Frenzel Gruppe aus München 80 Filialen mit etwa 700 Mitarbeitern aus der insolventen Schulte GmbH erworben.

Am 16. April wurde das Insolvenzverfahren über die Dortmunder Bergbaufirma **Deilmann-Haniel GmbH** eröffnet. Das Unternehmen hatte bereits 2006 in der Krise gesteckt, und 800 der damals noch 2.170 Beschäftigten entlassen. Aktuell betroffen sollen nun 1.100 beschäftigte sein, nachdem bereits 300 gekündigt wurde. Die Firma hatte nach Angaben des Chefs der Muttergesellschaft Heitkamp-Deilmann-Haniel, Jochen Rölfes, seit dem Frühjahr 2006 mit zu geringer

Auslastung durch den Hauptauftraggeber Deutsche Steinkohle AG und zu niedrigen Preisen zu kämpfen, der monatliche Verlust habe zuletzt bei 2,5 Millionen Euro gelegen. Deilmann-Haniel ist seit über 100 Jahren als Bergbau-Spezialgesellschaft tätig.

**Tab. 16: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland
im 1. Halbjahr 2007**

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	Automotive Group ISE Innomotive Systems Europe GmbH, Bergneustadt	Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren; Herstellung von Personenkraftwagen und Personenkraftwagenmotoren; Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern
	Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH, Wiesmoor	Rohrleitungs- und Kabelleitungstiefbau; Wasserbau; Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds)
	Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär und Heizung, Essen	Managementtätigkeiten von sonstigen Holdinggesellschaften (ohne geschlossene Immobilienfonds); Großhandel mit Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung
	Deilmann Haniel GmbH, Dortmund	Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	Wiemer & Trachte GmbH, Dortmund	Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	Jurex GmbH, Erkelenz	Postverwaltung
	Klinikum Niederberg GmbH, Velbert	Krankenhäuser (ohne Hochschulkliniken sowie Vorsorge- und Rehabilitationskliniken)
	BBS Kraftfahrzeugtechnik AG, Schiltach	Groß- und Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und -zubehör; Herstellung von Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren; Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern

Quelle: Creditreform Datenbank

Ein weiteres Bauunternehmen traf es Anfang April: Die 1909 gegründete **Wiemer & Trachte GmbH** stellte einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Überschuldung. Das Verfahren wurde am 1. Juni eröffnet. Betroffen sind rund 1.000 Beschäftigte. Das operative Geschäft des Unternehmens ist mittlerweile eingestellt, es wird nur noch abgewickelt. Nach Presseangaben haben auf Grund des Engagements des Insolvenzverwalters inzwischen rund 620 der 1.000 Beschäftigten einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Die übrigen würden für mindestens sechs Monate in einer Transfergesellschaft weiter beschäftigt. Dies

sehe ein Sozialplan vor, auf den sich Insolvenzverwalter und Gesamtbetriebsrat geeinigt hatten.

Der wegen Niedriglohnzahlungen in die Schlagzeilen geratene Postdienstleister **Jurex GmbH** aus Erkelenz stellte am 1. Juni den Insolvenzeröffnungsantrag. Die 2002 von Norbert Lürer gegründete Unternehmung ist auf Postzustellungsaufträge im Auftrag von Justiz und Verwaltung spezialisiert. Beschäftigt werden rund 1.200 Mitarbeiter in 53 Filialen. Unter Druck geraten war Jurex vor allem durch eine drastische Preissenkung der Deutschen Post.

Dienstleister im hart umkämpften Markt

Am 1. März wurde das Insolvenzverfahren über die **Klinikum Niederberg GmbH** in Velbert eröffnet. Betroffen sind etwa 900 Mitarbeiter. Für Geschäftsführer Michael Kaufmann sind vor allem die Gewerkschaften Verdi, Komba und der Marburger Bund an der Misere schuld. Bereits Anfang 2005 sei versucht worden, einen Notlagentarifvertrag abzuschließen, um die Insolvenz abzuwenden. Hätten die Mitarbeiter drei Jahre auf ihr Weihnachtsgeld verzichtet, so Kaufmann, hätte man die Sanierung bis zum Jahr 2009 sozialverträglich gestalten können.

Das Insolvenzverfahren über die **BBS Kraftfahrzeugtechnik AG** aus Schiltach wurde am 1. Mai eröffnet. Der zum Insolvenzverwalter bestellte Rechtsanwalt Jobst Wellensiek sieht gute Chancen für eine dauerhafte Sanierung des Felgenherstellers. Ob sie allerdings im Wege des Insolvenzplanverfahrens oder durch einen Verkauf der Vermögensobjekte an einen Übernahminteressenten bewerkstelligt werden könne, lasse sich noch nicht abschließend beurteilen. BBS beschäftigt 830 Mitarbeiter, davon 580 am Standort Schiltach und 250 in Herbolzheim. Im Jahr 2006 erwirtschaftete BBS nach vorläufigen Angaben einen Umsatz von knapp 165 Millionen Euro verglichen mit 190 Millionen Euro im Jahr 2005.

Abgefahrene Felgen

Kurz vor Redaktionsschluss wurde noch die Insolvenz der **Göttinger Gruppe** bekannt, der bereits seit Jahren vorgeworfen wird, mit riskanten Finanzierungen 100.000 Bundesbürger um gut eine Milliarde Euro ge-

schädigt zu haben. Vermutet wird, dass in der verschachtelten Gruppe Gelder verschoben und somit verschleiert oder versteckt wurden. Den Anlegern werden seit den achtziger Jahren Sparpläne für die Altersvorsorge angeboten, tatsächlich werden mit den Geldern aber riskante Unternehmensbeteiligungen eingegangen, so der Vorwurf. Vor wenigen Tagen wurden eine Reihe von Haftbefehlen gegen führende Manager erlassen. Das prekäre an der Sache: Die Investoren könnten jetzt nicht bloß ihre Einlagen verlieren, sondern auch für den Schaden der Göttinger Gruppe aufkommen müssen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Wenngleich nicht in der Liste der größten Insolvenzen vertreten, so verdient doch die quasi-Insolvenz des bekannten Ikea-Lieferanten **Schieder-Möbelwerke GmbH** einer besonderen Erwähnung. Weltweit 11.000 Mitarbeiter waren betroffen, als das Unternehmen am 16. April dieses Jahres vorsorglich Insolvenz anmeldete. Vier Tage später war der Spuk vorbei: Europas größter Möbelhersteller teilte mit, dass sich seine Gläubiger auf einen Überbrückungskredit in Höhe von 65 Millionen Euro geeinigt haben. Dadurch konnten nicht nur anhängige Insolvenzanträge zurückgenommen werden, sondern auch die Fortführung des Unternehmens bis zur Vorlage eines Restrukturierungskonzeptes gesichert werden. Freshfields Bruckhaus Deringer hat die Schieder-Gruppe beim Zustandekommen des Überbrückungskredites beraten und wird sie auch bei der Erstellung und Implementierung des Restrukturierungskonzeptes begleiten.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Das erste Halbjahr 2007 ist durch weniger Gewerbeanmeldungen bei höheren Abmeldezahlen als im Vorjahreszeitraum gekennzeichnet. In absoluten Zahlen bedeutet das: Von Januar bis Juni 2007 wurden 454.300 Betriebe neu in die Register eingetragen, dagegen mussten 367.100 Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit aufgeben. Der Rückgang bei den Gewerbe-

Anmeldungen rückläufig

anmeldungen um fast zwei Prozent gegenüber der ersten Jahreshälfte 2006 ist wohl auf zwei Ursachen zurückzuführen: die aktuell sehr gute Konjunkturlage und eine Abnahme bei den Gründungen aus der Arbeitslosigkeit (früher Ich-AG). Im vergangenen Jahr wurde die Ich-AG trotz guter Erfolge bei der Arbeitsmarktförderung abgeschafft. Auch die momentan hervorragende Konjunkturlage trägt zum Rückgang der Neuanmeldungen bei. Für viele ist ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis offensichtlich wieder eine Alternative zur Existenzgründung.

Tab. 17: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2007*) für Deutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	406.300 (413.600)	-1,8	334.200 (323.900)	+ 3,2
Handels- register:	48.000 (49.200)	-2,4	32.900 (33.100)	- 0,6
Gesamt:	454.300 (462.800)	- 1,8	367.100 (357.000)	+ 2,8
Saldo An- und Abmeldungen	87.200 (105.800)	- 17,6		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Im ersten Halbjahr 2007 wurden 367.100 Unternehmen aus den Registern gestrichen. Das sind 2,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum 2006. Überproportional stark ist der Anstieg der Abmeldungen bei Einzelunternehmen und der GbR. Von den Gewerbetreibenden dieser beiden Rechtsformen melden aktuell fünf Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2006 ihren Betrieb ab. Das Plus bei den Löschungen sowie die Abnahme der Neugründungszahlen haben zur Folge, dass der Saldo aus An- und Abmeldungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 18 Prozent abnimmt. Der Gesamtbestand an Unternehmen steigt daher weiter, wenngleich mit geringerer Dynamik als noch in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Im Handelsregister sind im ersten Halbjahr 48.000 Unternehmen neu eingetragen worden. Auch hier ergibt sich ein Rückgang bei den Neueintragungen, der noch etwas ausgeprägter ausfällt als bei den Gesamt-

anmeldungen. Kaum Veränderungen verzeichnet dagegen die Zahl der Handelsregisterlöschungen. In den ersten sechs Monaten wurden lediglich 200 Unternehmen weniger aus dem Handelsregister gestrichen als im Vorjahreszeitraum.

**Tab. 18: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2007 *)
für Westdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	325.100 (330.200)	- 1,5	266.200 (259.200)	+ 2,7
Handels- register:	40.200 (41.100)	- 2,2	27.500 (27.600)	- 0,4
Gesamt:	365.300 (371.300)	-1,6	293.700 (286.800)	+ 2,4
Saldo:	71.600 (84.500)	- 15,3		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Höhere Fluktuation im Osten

Bei der Unternehmensfluktuation existieren immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Westen geht die Zahl der Neugründungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um lediglich 1,6 Prozent zurück. Der Osten hingegen verzeichnet mit 2,7 Prozent einen größeren Rückgang der Gewerbeanmeldungen. Auch die Abmeldungen von Gewerbebetrieben machen die Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar. Der Osten der Republik verzeichnet mit 4,6 Prozent einen mehr als doppelt so hohen Anstieg der Abmeldungen als der Westteil Deutschlands (2,4 Prozent). Per Saldo wächst der Bestand an Gewerbebetrieben zwischen Ostsee und Erzgebirge merklich geringer als im Vorjahreszeitraum.

**Tab. 19: Gründungsbilanz im 1. Halbjahr 2007 *)
für Ostdeutschland**

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	81.200 (83.400)	- 2,6	68.000 (64.700)	+ 5,1
Handels- register:	7.800 (8.100)	- 3,7	5.400 (5.500)	- 1,8
Gesamt:	89.000 (91.500)	- 2,7	73.400 (70.200)	+ 4,6
Saldo:	15.600 (21.300)	- 26,8		

*) Creditreform-Schätzung; () = Vorjahresangaben

Forciert durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Existenzgründungszuschüsse (Ich-AG) erreichten die Gründungen im Jahr 2004 einen Höhepunkt. Allein in diesem Jahr erhielten 351.000 arbeitslose Existenzgründer eine Unterstützung in Form der arbeitsmarktpolitischen Instrumente „Ich-AG“ oder „Überbrückungsgeld“. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bewertete jüngst die ausgelaufene Ich-AG Regelung als Erfolg. Gleichzeitig wird die Wirksamkeit des neu geschaffenen Gründungszuschusses bezweifelt, der mit deutlich weniger Mitteln ausgestattet ist. Die Gründungsaktivitäten haben sich daher im vergangenen Jahr auch weiter abgeschwächt, was sich in rückläufigen Gewerbeanmeldungen niederschlug. Bemerkenswert: Die Anzahl der Gewerbeabmeldungen erreichte 2006 den höchsten Stand seit sieben Jahren. Auch im ersten Halbjahr des laufenden Jahres scheint sich dieser Trend fortzusetzen.

Tab. 20: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2007 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	832.000	629.000	203.000
2001	758.000	660.000	98.000
2002	720.000	637.000	83.000
2003	785.000	642.000	143.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	895.100	708.300	186.800
2006 Hj.	462.800	357.000	105.800
2006	881.800	710.200	171.600
2007 Hj. *)	454.300	367.100	87.200

*) von Creditreform geschätzt

Wie die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte – nach dem Rückgang der Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr – weitergeht, hängt im Wesentlichen vom konjunkturellen Verlauf ab. Die Bundesregierung rechnet 2007 mit einem Wachstum der deutschen Volkswirtschaft von 2,3 Prozent und einem Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 3,7 Millionen. Neue abhängige Arbeitsverhältnisse und die zunehmende Sicherheit der Arbeitsplätze sorgen demzufolge für eine weiter sinkende Gründungsneigung. Nach der Reform der Existenzgründungsförderung im letzten Jahr sind die Bedingungen für Existenzgründer aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ungünstiger geworden. Das wird sich auch in den Gewerbeanmeldezahlen in der zweiten Jahreshälfte niederschlagen.

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2007 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	695.000	520.000	175.000
2001	639.000	545.000	94.000
2002	584.000	510.000	74.000
2003	640.000	520.000	120.000
2004	763.300	546.200	217.100
2005	730.200	554.700	175.500
2006 Hj. *)	371.300	286.800	84.500
2006	710.700	572.700	138.000
2007 Hj. *)	365.300	293.700	71.600

Tab. 22: Gründungsgeschehen von 2000 bis 2007 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
2000	137.000	109.000	28.000
2001	119.000	115.000	4.000
2002	136.000	127.000	9.000
2003	145.000	122.000	23.000
2004	197.200	131.500	65.700
2005	180.300	140.200	40.100
2006 Hj. *)	91.500	70.200	21.300
2006	171.100	137.500	33.600
2007 Hj. *)	89.000	73.400	15.600

*) von Creditreform geschätzt

MoMiG – GmbH-Recht wird reformiert

Die Rechtsform der GmbH ist vor allem im Mittelstand weit verbreitet. Mit dem Vorpreschen der englischen Limited, die gerade bei Gründern beliebt ist, war eine Reformierung des deutschen GmbH-Rechts überfällig. Das Bundeskabinett hat nun im Mai 2007 die Modernisierung dieser Rechtsform auf dem Weg gebracht („MoMiG“ = Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen). Ziel ist es, Unternehmensgründern schnell und unkompliziert die Umsetzung ihrer Geschäftsidee zu ermöglichen. Gleichzeitig soll der Gläubigerschutz verbessert werden. Gründer dürften von der Absenkung des Mindeststammkapitals von 25.000 Euro auf 10.000 Euro profitieren. Neu ist insbesondere eine GmbH-Variante (haftungsbeschränkte Unternehmensgesellschaft), die ohne Mindestkapital auskommt. Hierfür gelten allerdings strenge Vorschriften zur Kapitalerhaltung. So darf das Unternehmen Gewinne solange nicht ausschütten, bis das Mindeststammkapital von 10.000 Euro angespart wurde. Für Existenzgründer im Dienstleistungsbereich ohne großen Kapitalbedarf könnte die neue Variante den Einstieg tatsächlich schneller ermöglichen. Eine zusätzliche Erleichterung: Falls ein Mustergesellschaftsvertrag genutzt wird, muss dieser in Zukunft nicht mehr notariell beurkundet werden. Die neuen Regeln zur Gesellschafterfremdfinanzierung hinterlassen dagegen einen faden Beigeschmack. So kann ein Gesellschafter, der dem Unternehmen ein Darlehen gewährt hat, in einer akuten Liquiditätskrise

in Haftung genommen werden. Grund für die Aufweichung des Kapitalschutzes ist die Anfechtbarkeit aller Rückzahlungen auf das Darlehen bis ein Jahr vor dem Insolvenzantrag.

Ausländer gründen häufiger

Ende 2006 lebten in der Bundesrepublik 7,3 Millionen Bürger mit einem Migrationshintergrund. Als Gründer machen insbesondere italienische und türkische Zuwanderer auf sich aufmerksam. Während von 10.000 Deutschen im Schnitt nur 72 ein Unternehmen gründen, sind es bei den in Deutschland lebenden türkischen Bürgerinnen und Bürgern 138 und bei den italienischen sogar 142.

2.2 Parameter der Unternehmensfluktuation

2.2.1 Branchenspezifisches Gründungsklima

Die Bedingungen für Unternehmensgründer werden von Creditreform in vier Einflussfaktoren erfasst und branchenspezifisch untersucht: Die strukturellen Marktzugangsbedingungen, die Branchenkonjunktur, Finanzierungsbedingungen sowie das Insolvenzrisiko. Mittels dieser vier Einflussgrößen lässt sich auf das branchenspezifische Gründungsklima schließen. Das Gründungsklima innerhalb einer Branche bestimmt wiederum wesentlich die Gründungsintensität, das heißt, die Anzahl der Neugründungen pro 10.000 Bestandsunternehmen. Ist das Gründungsgeschehen sehr aktiv, deutet das auf ein gutes Gründungsklima in der betreffenden Branche hin.

Tab. 23: Branchenspezifisches Gründungsklima ausgewählter Wirtschaftsbereiche im 1. Halbjahr 2007 *)

■	Gesamtwirtschaft	Baugewerbe	Einzelhandel	Chemie/Kunststoff	Großhandel	konsumnahe Dienstleister
Gründungsklima	2,3	2,6	2,5	1,9	2,0	2,4
Einflussfaktoren						
Branchenkonjunktur	2,1	2,6	2,8	1,6	1,7	2,4
Insolvenzrisiko	2,4	2,7	2,4	2,1	2,3	2,5
Finanzierungsbedingungen	2,7	3,0	2,4	1,3	2,2	2,8
Marktzugangsbedingungen	2,0	2,0	2,1	3,4	2,2	1,7

*) Creditreform Berechnungen;
Bewertungsskala: 1,0 = sehr gute Bedingungen für Unternehmensgründer;
5,0 = sehr schlechte Bedingungen für Unternehmensgründer.

Im ersten Halbjahr 2007 sind die Bedingungen für Unternehmensgründungen in der Chemie- und Kunststoffbranche und im Großhandel am besten. Das Gründungsklima wird im Wirtschaftsbereich Chemie und Kunststoffe mit der Note 1,9 bewertet. Knapp dahinter – mit der einer 2,0 – folgt die Großhandelsbranche. Dabei symbolisiert die Note 1,0 sehr gute Bedingungen für Unternehmensneugründungen und 5,0 sehr schlechte. Aktuell liegt das Baugewerbe am Ende der Skala mit der Note 2,6. Insbesondere bremsen hier das hohe Insolvenzrisiko – also eine hohe Wahrscheinlichkeit zu scheitern – und die schwierigen Finanzierungsbedingungen den Start eines neuen Unternehmens. Die chemische Industrie ist auf der einen Seite durch hohe strukturelle Eintrittshürden für junge Unternehmen gekennzeichnet. So ist der Finanzierungsbedarf für Gründer hoch und die Altersstruktur der Branche ist durch einen hohen Anteil „älterer“ Unternehmen gekennzeichnet. Auf der anderen Seite verbessern eine hervorragende Branchenkonjunktur und sehr gute Finanzierungsbedingungen das Gründungsklima in der Chemie- und Kunststoffbranche.

***Gutes Gründungsklima
in der Chemiebranche***

Die Gründungsintensität (Unternehmensgründungen je 10.000 bestehende Unternehmen) spiegelt die Ergebnisse des branchenspezifischen Gründungsklimas

wider. Im Großhandel werden im ersten Halbjahr 2007 pro 10.000 existierende Unternehmen 191 neue gegründet. Noch höher ist diese Quote in der Chemie- und Kunststoffbranche (220). Die schwierigen Startbedingungen in der Bauwirtschaft führen dagegen zu einer weit geringeren Gründungsintensität. Je 10.000 Unternehmen gibt es in der Branche lediglich 95 Neulinge. Im Einzelhandel und bei konsumnahen Dienstleistern schlägt insbesondere die Konjunkturdelle durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn auf das Gründungsklima und die Gründungsintensität des ersten Halbjahres 2007 durch. Knapp 90 Betriebe je 10.000 bestehende Unternehmen wagen momentan in diesen Branchen den Start in die Selbstständigkeit. Traditionell sind die unternehmensnahen Dienstleister durch hohe Gründungsintensitäten gekennzeichnet. Das zeigt sich auch in der Altersstruktur dieser Branche. Über 17 Prozent der Betriebe sind jünger als zwei Jahre.

Neugründungen meist Dienstleister

Über ein Drittel der Unternehmen, die im ersten Halbjahr 2007 ins Handelsregister eingetragen wurden, sind unternehmensnahe Dienstleister, wie Unternehmensberater, Gebäudereiniger und Personalvermittler. Damit stellt dieser Wirtschaftsbereich mit großem Abstand vor dem Handel die meisten Neugründungen mit Handelsregistereintrag. Der Gründungsmonitor 2006 der KfW bestätigt den Trend zur Tertiarisierung der deutschen Volkswirtschaft. Danach liegt der Anteil des Dienstleistungssektors bei den Neugründungen deutlich über dessen Anteil am gesamten Unternehmensbestand. Neben der Dienstleistungsbranche gibt es auch im Handel im großen Umfang Unternehmensgründungen. Gut 15 Prozent aller Neugründungen sind in diesem Sektor angesiedelt, wobei das Gros insbesondere auf den Großhandel entfällt. Im Osten der Republik ließ sich ein deutlich höherer Anteil an Baubetrieben als im Westteil neu in Handelsregister eintragen. Auch bei den persönlichen Dienstleistungen liegt liegen die Ostländer anteilmäßig vor dem Westen.

Tab. 24: Handelsregister-Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2007 *)

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Gesamt	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	387	1,0	141	1,8	528	1,1
Verarbeitendes Gewerbe	2.673	6,7	584	7,5	3.257	6,8
Energie- u. Wasserversorgung	486	1,2	141	1,8	627	1,3
Baugewerbe	2.543	6,3	692	8,8	3.235	6,7
Kfz-Handel	1.035	2,6	197	2,5	1.232	2,6
Groß- u. Einzelhandel	6.452	16,1	1.016	13,0	7.468	15,6
Gastgewerbe	851	2,1	230	2,9	1.081	2,3
Verkehr u. Logistik	1.890	4,7	305	3,9	2.195	4,6
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	1.185	2,9	320	4,1	1.505	3,1
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen	4.473	11,1	1.118	14,3	5.591	11,6
Datenverarbeitung, F&E	1.448	3,6	242	3,1	1.690	3,5
Unternehmensnahe Dienstleistungen (Beratung, Werbung, Gebäudereiniger etc.)	14.708	36,6	2.131	27,2	16.839	35,1
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	2.054	5,1	710	9,1	2.764	5,8
Gesamt	40.185	100,0	7.827	100,0	48.012	100,0

*) Creditreform Datenbank

Anders als durch die bloße Gewerbestatistik, lässt sich mit Hilfe einer Eingrenzung auf wirtschaftsaktive Unternehmen der tatsächliche Beitrag der neu entstandenen Betriebe für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, Innovation und Wettbewerbsdynamik erfassen. Überprüft man alle Neugründungen der ersten sechs Monate 2007 mit Hilfe der Creditreform Wirtschaftsdatenbank auf Wirtschaftsaktivität, so können 73.000 Betriebe als tatsächlich wirtschaftsaktiv identifiziert werden. Das sind knapp 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Grund für diesen Anstieg ist zum einen, dass die Neugründungen des ersten Halbjahres verstärkt echte Arbeitsplätze geschaffen haben. Zum anderen dürfte die Zahl der Anmeldungen allein zum Erhalt günstiger Einkaufsmöglichkeiten (Abholgroßmarkt) gesunken sein.

Anmerkung:

Zur Entscheidung, ob es sich bei einer Gründung – zumindest nach einiger Zeit – um ein wirtschaftsaktives Unternehmen handelt, wird hier darauf abgestellt, ob eine Wirtschaftsauskunft über die betroffene Gründung eingeholt worden ist – sei es von einem Finanzierungsinstitut, sei es von einem Lieferanten – oder, ob Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wenigstens eines dieser Kriterien muss erfüllt sein

Tab. 25: Wirtschaftaktive Neugründungen in Deutschland im 1. Halbjahr 2007 *)

■	wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	5.000 (4.000)
Baugewerbe	5.000 (5.200)
Handel	14.000 (18.500)
Dienstleistungen	49.000 (38.400)
Gesamt	73.000 (66.100)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Empirische Studien haben gezeigt, dass junge Firmen – sofern sie überleben – schneller wachsen und überproportional mehr Arbeitsplätze schaffen als etablierte Betriebe. Die durchschnittliche Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze ist in den einzelnen Wirtschaftsbereichen jedoch unterschiedlich. Die durch Neugründungen entstehenden Beschäftigungseffekte lassen sich quantifizieren, indem man die Anzahl neuer, wirtschaftsaktiver Unternehmen mit der Zahl durchschnittlich geschaffener Arbeitsplätze multipliziert.

Für das erste Halbjahr 2007 beziffert Creditreform die Anzahl der neuen Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen auf 166.000. Das sind 15 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die meisten neuen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Neugründungen verzeichnet erneut der Dienstleistungsbereich. Auf diesen Wirtschaftszweig entfallen mehr als die Hälfte der neu geschaffenen Stellen. Weniger Arbeitsplätze als zuletzt dürften im Handel entstanden sein. Dagegen führt die gute Konjunkturlage

im Baugewerbe dazu, dass die Anzahl der durch Neugründungen geschaffenen Stellen wächst.

Tab. 26: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen im 1. Halbjahr 2007

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	3
Handel	2
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform Datenbank; Creditreform Berechnungen.

Tab. 27: Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Betriebe im 1. Halbjahr 2007 *)

■	Zahl der Beschäftigten	
Verarb. Gewerbe	5 x 5.000	25.000 (20.000)
Baugewerbe	3 x 5.000	15.000 (10.400)
Handel	2 x 14.000	28.000 (37.000)
Dienstleistungen	2 x 49.000	98.000 (76.800)
Gesamt		166.000 (144.200)

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Quelle: Creditreform Datenbank

2.2.2 Regionalanalyse

Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist insbesondere die regionale Verteilung neuer Unternehmen von hohem öffentlichem Interesse. Betrachtet man die Gründungsaktivität anhand der Handelregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen, dann belegen – wie in den Vorjahren – die Stadtstaaten die vorderen Plätze. In Hamburg kommen auf 10.000 bestehende Unternehmen 672 Gründungen. Das sind drei Neugründungen je 10.000 Bestandsunternehmen weniger als vor einem Jahr. Die Bundeshauptstadt als Zweitplatzierte verliert wieder an Anschluss zur Spitze. Berlin verzeichnet gegenüber dem Vorjahr 80 Neueintragungen je 10.000 bestehender Unternehmen weniger und kommt jetzt auf eine Gründungsintensität von 539. Insgesamt hat die Gründungsintensität in der Bundesrepublik aber sichtlich nachgelassen. Wurden im Vorjahr noch 365 Unternehmen je 10.000 Bestandsunter-

Hohe Gründungsintensität in Hamburg

nehmen neu ins Handelsregister eingetragen, sind es 2007 nur noch 316.

Am unteren Ende dieser Rangliste liegen die ostdeutschen Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt. Aber auch Schleswig-Holstein rutscht auf einen der hinteren Ränge ab, während sich Sachsen um einige Plätze verbessern kann.

Tab. 28: Handelsregisterneueintragungen je 10.000 Unternehmen nach Bundesländern im 1. Halbjahr 2007

■	Neueintragungen
Hamburg	672
Berlin	539
Niedersachsen	375
Nordrhein-Westfalen	351
Hessen	335
Bayern	321
Mecklenburg-Vorpommern	279
Baden-Württemberg	240
Bremen	240
Sachsen	239
Saarland	235
Schleswig-Holstein	218
Brandenburg	213
Rheinland-Pfalz	211
Thüringen	194
Sachsen-Anhalt	189
Gesamt	316

Bei der Analyse der Gründungsaktivität auf Basis der Handelsregisterneueintragungen je 10.000 bestehenden Unternehmen muss allerdings berücksichtigt werden, dass diese Verhältniszahl umso größer ist, je weniger Betriebe im betreffenden Bundesland im Handelsregister registriert sind. Sind bereits viele Unternehmen vorhanden, dann muss die Zahl der Neugründungen entsprechend hoch sein, um eine hohe Gründungsaktivität zu erreichen.

Betrachtet man die Neugründungen nach Bundesländern in absoluten Zahlen, liegen traditionell die großen und wirtschaftsstarken Flächenländer vorne. Im ersten

Halbjahr 2007 wurden in Nordrhein-Westfalen 11.354 Unternehmen ins Handelsregister eingetragen. Mit Abstand folgen Bayern und Baden-Württemberg.

Tab. 29: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland für das 1. Halbjahr 2007 *)

■	Neueintragungen	Lösungen	Saldo
Baden-Württemberg	5.055	4.790	265
Bayern	8.672	4.486	4.186
Berlin	3.192	1.491	1.701
Brandenburg	875	625	250
Bremen	255	341	-86
Hamburg	2.756	1.342	1.414
Hessen	4.013	3.063	950
Mecklenburg-Vorp.	719	633	86
Niedersachsen	4.898	2.941	1.957
Nordrhein-Westfalen	11.354	7.853	3.501
Rheinland-Pfalz	1.631	1.195	436
Saarland	429	409	20
Sachsen	1.668	1.280	388
Sachsen-Anhalt	633	720	-87
Schleswig-Holstein	1.125	1.073	52
Thüringen	737	687	50
Gesamt	48.012	32.929	15.083

*) Creditreform Datenbank

Wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, belegen die bevölkerungsarmen und wirtschaftsschwachen Bundesländer Bremen, Saarland und Sachsen-Anhalt bei den Gründungen in absoluten Zahlen die unteren Plätze. Gemessen am Saldo nimmt in Bremen und Sachsen-Anhalt die Zahl der im Handelsregister eingetragenen Unternehmen geringfügig ab. Deutschlandweit sind in den ersten sechs Monaten des Jahres knapp 33.000 Lösungen zu verzeichnen.

Erläuterungen:

Das Gründungsgeschehen in der Bundesrepublik wird in der Creditreform Analyse „Insolvenzen, Neugründungen und Löschungen“ anhand der Gewerbemeldungen und der Handelsregistereintragungen abgebildet. Dabei gilt als Gewerbe jede (erlaubte) selbstständige Tätigkeit, die langfristig ausgelegt ist und der Gewinnerzielung dient. Das Gewerberegister erfasst im Gegensatz zum Handelsregister, das ein Unternehmensregister ist, natürliche und juristische Personen sowie Personengesellschaften. So werden Kleinunternehmen (Nicht-Kaufmann) nicht im Handelsregister, wohl aber im Gewerberegister als Gewerbetreibende eingetragen. Selbst wenn diese Person keine Handwerkskarte besitzt und keinen Arbeitnehmer beschäftigt. Maßgeblich ist hierbei die Gewerbeanzeige, die zudem für jeden geschäftsführenden Gesellschafter getrennt abgeben werden muss. Im Fall einer Personengesellschaft kommt es somit zur sogenannten Team-Gründer-Problematik (Vermischung von Gründer und Gründung). Neben den Vollerwerbsgründungen werden im Gewerberegister auch Nebenerwerbsgründungen berücksichtigt. Darüber hinaus finden Umwandlungen, also die Verschmelzung, Aufspaltung oder Ausgliederung von Unternehmen Eingang in das Gewerberegister. Nicht meldepflichtig und daher nicht in der Gewerbestatistik vertreten sind hingegen die Freien Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Versicherungen.

Als Anmeldung gilt der Beginn des Gewerbebetriebs, sei es selbständiger Art oder als Zweigniederlassung. Ebenfalls gilt die Anzeigepflicht, wenn der Betrieb verlegt oder aufgegeben wird bzw. wenn der Gegenstand des Gewerbes wechselt. Die Anmeldung eines Gewerbes erfolgt im Wesentlichen bei Neugründung, Wiedereröffnung nach Sitzverlegung, Wechsel der Rechtsform, Gesellschaftereintritt oder Übernahme durch Kauf bzw. Erbfolge. Ein Gewerbe wird abgemeldet bei vollständiger Aufgabe des Betriebs, Sitzverlegung in einen anderen Meldebezirk, Rechtsformänderung, Gesellschafteraustritt oder Verkauf bzw. Erbfolge. Infolge einer Sitzverlegung (Zuzug oder Fortzug) dürfte sich der Saldo aus An- und Abmeldung in den

beteiligten Meldebezirken zu Null ergeben. Das Gleiche gilt beim Wechsel der Rechtsform, dem Kauf bzw. Verkauf des Gewerbebetriebs.

Die Handelsregisterneueintragungen und -lösungen werden aus der Creditreform Unternehmensdatenbank gewonnen. Erfasst werden hierbei rechtlich selbstständige Unternehmen, wobei ein solches einen oder mehrere Betriebe umfassen kann. Jedes recherchierte Unternehmen wird mit einer Unternehmensnummer versehen und in der Creditreform Datenbank gespeichert. Dabei kann es zu Mehrfacherfassungen von Unternehmen kommen. Man kann davon ausgehen, dass bis zu zehn Prozent der Unternehmen mehrfach erfasst worden sind. Da „wirtschaftsaktiv“ ein zentrales Selektionskriterium der Creditreform Datenbank darstellt, können Nebenerwerbsgründungen sowie Kleinstgründungen und solche mit geringer Wirtschaftsaktivität als untererfasst bezeichnet werden. Letztere umfassen etwa ein Zehntel aller Anmeldungen und diesen ausschließlich der Erlangung eines Gewerbescheins, ohne dass wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Der Handelsregistereintrag erfolgt zum einen für Personengesellschaften, Einzelunternehmen (Einzelkaufleute), offene Handelsgesellschaften (OHG) sowie Kommanditgesellschaften; zum anderen für Kapitalgesellschaften (AG, GmbH). Nicht im Handelsregister eingetragen werden dagegen die Freien Berufe sowie Betriebe der Land- und Forstwirtschaft.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen beträgt für das erste Halbjahr 2007 14.100 Fälle – das entspricht einem Rückgang von 14,3 Prozent oder 2.350 Unternehmen. Die Verbraucherinsolvenzen steigen weiter deutlich an und kommen im ersten Halbjahr auf 51.600 Betroffene – 18,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum. Die sonstigen Insolvenzen, in denen insbesondere die Konkurse ehemaliger Gesellschafter erfasst werden, nehmen leicht um 0,3 Prozent ab. Insgesamt sind hier 15.900 Anträge zu zählen. Die Summe der Gesamtinsolvenzen beträgt im ersten Halbjahr 2007

81.600. Dies entspricht einem Anstieg von 7,3 Prozent (1. Halbjahr 2006: 76.050).

In Westdeutschland sind die Unternehmensinsolvenzen stärker rückläufig als im Osten: Während der Westen eine Abnahme um 14,8 Prozent auf 10.800 Betriebe (Vorjahr: 12.680) zu verzeichnen hat, sind im Osten 12,5 Prozent Unternehmensinsolvenzen weniger zu verzeichnen als noch vor einem Jahr. Insgesamt wurden hier 3.300 Zusammenbrüche gezählt, im ersten Halbjahr 2006 waren es noch 3.770.

Dagegen steigen die Verbraucherinsolvenzen in den neuen Bundesländern ungleich stärker an als im Westen: Während in den alten Bundesländern ein Zuwachs um 13,1 Prozent auf 37.800 Fälle zu verzeichnen ist, liegt die Steigerungsrate im Osten bei 34,9 Prozent. Insgesamt sind hier 13.800 Verbraucherinsolvenzen abgewickelt worden. Die Gesamtinsolvenzen belaufen sich in den alten Bundesländern auf 59.900 Fälle, was einem Anstieg von 4,4 Prozent entspricht. In den neuen Bundesländern sind insgesamt 21.700 Anträge auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu zählen – 16,1 Prozent mehr als im letzten Jahr.

Der Schaden durch die Unternehmensinsolvenzen beläuft sich für das erste Halbjahr 2007 auf insgesamt 16,2 Milliarden Euro und beträgt damit 0,9 Milliarden Euro weniger als noch vor einem Jahr. Davon entfällt der Löwenanteil – nämlich 10,8 Milliarden – auf private Gläubiger; der öffentlichen Hand fehlen insgesamt 5,4 Milliarden Euro durch Insolvenzausfälle. Die durchschnittliche nicht einbringliche Forderungssumme pro Unternehmensinsolvenz beträgt für das erste Halbjahr 2007 766.000 Euro – im vergangenen Jahr waren es noch 687.000 Euro, die pro Insolvenz offen blieben.

Die insolvenzbedingten drohenden Arbeitsplatzverluste verringerten sich parallel zur Abnahme der Unternehmensinsolvenzen um 19,6 Prozent und belaufen sich für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres auf 188.000 Betroffene (Vorjahr: 234.000).

Am deutlichsten abgenommen haben die Insolvenzen im Bausektor: Um 21,1 Prozent auf 2.540 betroffene Betriebe (Vorjahr: 3.220) haben die Konkurse in dieser Branche abgenommen. Auch das Verarbeitende Gewerbe weist überdurchschnittliche Rückgänge auf: Insgesamt kommen 1.460 Insolvenzen aus diesem Hauptwirtschaftsbereich – das entspricht einem Rückgang um 20,7 Prozent (Vorjahr: 1.840).

Nur unterdurchschnittlich hingegen nahmen die Insolvenzen bei den Dienstleistern und im Handel ab. Während hier ein Rückgang um 11,1 Prozent auf 7.160 (Vorjahr: 8.050) Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen ist, sind dort insgesamt 2.940 Konkurse zu zählen, was einer Abnahme von 12,0 Prozent entspricht.

Bei den Rechtsformen dominieren die Kleingewerbetreibenden – sie stellen 55,5 Prozent (Vorjahr: 52,4 Prozent) aller Unternehmensinsolvenzen – gefolgt von den GmbH-Insolvenzen, die 30,6 Prozent (Vorjahr: 33,4 Prozent) des Insolvenzgeschehens ausmachen.

Zum Stichtag 04. Juni 2007 existieren insgesamt 32.600 Limiteds – knapp 3.600 davon sind insolvent. Errechnet man daraus die Risikoquote (also die Insolvenzbetroffenheit pro 10.000 Unternehmen), kommt man auf 1.104 – das heißt: Von 10.000 existenten Limiteds sind 1.104 in Konkurs. Zum Vergleich: Setzt man den Unternehmensbestand der GmbH ins Verhältnis zu den Insolvenzen dieser Rechtsform aus den Jahren 2003 bis zum ersten Halbjahr 2007 kommt man auf eine Risikoquote von 580 – also etwa die Hälfte.

Die meisten insolventen Unternehmungen verzeichneten einen Umsatz zwischen 500.000 und 5,0 Millionen Euro pro Jahr. 28,8 Prozent (Vorjahr: 31,9 Prozent) der Insolvenzen kommen aus dieser Umsatzgrößenklasse. Am meisten zugenommen hat aber der Anteil der Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen. Aktuell kommt jedes vierte insolvente Unternehmen (25,5 Prozent) aus der Umsatzgrößenklasse unter 100.000 Euro pro Jahr. Im letzten Jahr waren es noch 3,4 Prozentpunkte weniger. Ebenfalls zugenommen hat der

Anteil der Unternehmen, die mehr als 50 Millionen Euro im Jahr umsetzen, und zwar von 0,1 auf 0,2 Prozent.

Die meisten insolventen Unternehmen, 35,1 Prozent (Vorjahr: 34,7 Prozent), waren zum Zeitpunkt ihres Unterganges zehn Jahre oder mehr am Markt. Fast ebenso viele, nämlich 34,0 Prozent (Vorjahr: 33,2 Prozent) überlebten die ersten vier Jahre nicht.

Der Anteil der Mikrobetriebe am Insolvenzgeschehen steigt weiter an: Hatten im letzten Jahr noch 75,7 Prozent aller insolventen Betriebe bis zu fünf Beschäftigte, so sind es aktuell 78,4 Prozent. Leicht zugenommen hat aber auch der Anteil der Unternehmen, die mehr als 500 Personen beschäftigen, und zwar um 0,1 Prozentpunkte auf 0,8 Prozent.

Trotz deutlicher Rückgänge bei den Bauinsolvenzen haben es auch diesmal wieder drei Unternehmen aus dem Bau in die Liste der größten Insolvenzen des ersten Halbjahres 2007 geschafft: Die Bohlen & Doyen Bau und Service GmbH, die Wiemer und Trachte GmbH und die Deilmann Haniel KG. Die weiteren großen Insolvenzen waren die der ISE Innomotive Systems Europe GmbH, die der Schulte GmbH Fachgroßhandel für Sanitär, Heizung, die Jurex GmbH, das Klinikum Niederberg GmbH sowie die BBS Kraftfahrzeugtechnik AG.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres wurden insgesamt 454.300 Gewerbeanmeldungen registriert, das entspricht einem Rückgang von 8.500 Betrieben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Abmeldungen – und zwar um 10.100 Fälle auf 367.100. Der Rückgang der Neuanmeldungen im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen dem Wegfall der Ich-AG-Regelung geschuldet. Der Gründungszuschuss, das neue Instrument zur Förderung arbeitsloser Existenzgründer, konnte bislang nicht zur Verbesserung der Startbedingungen für Existenzgründer beitragen.

Im Gleichschritt mit der sinkenden Zahl der Gewerbeanmeldungen sind in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres auch die Handelsregistereinträge rückläufig. So ließen sich noch gut 48.000 Unternehmen in das Register eintragen. Am gründungsstärksten war erneut der Dienstleistungsbereich. Die wirtschaftsaktiven Neugründungen schufen im ersten Halbjahr 2007 insgesamt 166.000 neue Arbeitsplätze.

Das Gründungsklima, das die Anzahl der Neugründungen wesentlich beeinflusst, ist in der ersten Jahreshälfte 2007 insgesamt als gut zu bewerten. Aktuell sind die Bedingungen für neue Unternehmen in der Chemie- und Kunststoffbranche sowie im Großhandel am besten. Verantwortlich dafür sind die hervorragende Branchenkonjunktur und gute Finanzierungsbedingungen für junge Unternehmen.

Um der Flucht in ausländische Rechtsformen, wie die Limited, zu begegnen, hat das Bundeskabinett im Mai die Reform des GmbH-Gesetzes auf den Weg gebracht. Dieses sieht unter anderem vor, das Stammkapital der GmbH von vormals 25.000 auf 10.000 Euro herabzusetzen. Zudem ist eine neue GmbH-Variante, die haftungsbeschränkte Unternehmensgesellschaft, vorgesehen, die bei der Gründung ohne Mindestkapital auskommt. Ziel ist es, Gründern schnell und unkompliziert die Umsetzung ihrer Geschäftsidee zu ermöglichen. Zu bedenken bleibt allerdings, dass damit die Insolvenzanfälligkeit dieser Rechtsform zunehmen würde.

■ 4 **Anhang: Branchenspezifisches Gründungsklima**

Das Gründungsklima innerhalb einer Branche bestimmt wesentlich die Gründungsintensität in der Branche (Unternehmensgründungen je 10.000 aktive Unternehmen). Vier wesentliche Einflussfaktoren des branchenspezifischen Gründungsklimas werden von Creditreform identifiziert: die aktuelle Konjunkturlage der Branche, die Finanzierungsbedingungen, die Höhe der Markteintrittsbarrieren und das Risiko, zu scheitern

(Insolvenzrisiko). Mit unterschiedlichen Gewichtungen versehen, bilden diese Faktoren das Gründungsklima einer Branche anhand einer Notenskala von 1,0 bis 5,0 ab.

Die aktuelle Konjunkturlage der Branche lässt sich mit Hilfe des Geschäftsklimas abbilden, das analog zum Creditreform Wirtschaftsindikator berechnet wird. Dazu werden die Beurteilungen der Unternehmen hinsichtlich Geschäftslage und -erwartungen, sowie Umsatz- und Personallage und -erwartungen zu einem Index verdichtet.

Die Finanzierungsbedingungen werden von Creditreform als zweiter wesentlicher Faktor für das Gründungsklima herausgestellt. Zwar konnte der KfW-Gründungsmonitor 2006 aufzeigen, dass viele Gründer lediglich einen Finanzierungsbedarf von wenigen tausend Euro (Mikrofinanzierung) benötigen. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass viele Gründungen im Dienstleistungssektor dieses Bild verzerren. Zur Gründung eines Unternehmens wird nach wie vor in vielen Fällen Startkapital benötigt, um betriebsnotwendige Vermögensgegenstände zu erwerben, anzumieten etc. Gemäß KfW-Gründungsmonitor 2006 decken Gründer ihren Finanzierungsbedarf zu 78 Prozent aus eigenen Mitteln, 22 Prozent nehmen einen Kredit auf. Neben den langfristigen Zinsen spielen zwei branchenspezifische Variablen eine wichtige Rolle: die Branchenbonität, die die Höhe der Fremdkapitalkosten mitbestimmt sowie eventuell vorhandene Finanzierungsschwierigkeiten. Dabei wird die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens mittels des Creditreform Bonitätsindex gemessen. Aussagen über vorhandene Finanzierungsprobleme als Hinderungsgrund für neue Investitionen können aus der Creditreform Umfrage Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand gewonnen werden, die quartalsweise unter 4.000 Betrieben durchgeführt wird. Hohe Fremdkapitalzinsen und Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung dürften das Gründungsklima deutlich negativ beeinflussen.

Ein hohes Risiko, mit einer Existenzgründung zu scheitern, hält viele potenzielle Gründer davon ab, den

Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Dabei liefern die aktuelle Insolvenzquote sowie das Zahlungsverhalten sowohl der Unternehmen der Branche als auch der Kunden wichtige Hinweise über das Risiko der Neugründung. Der Creditreform Risiko Indikator (CRI) bildet die Insolvenzanfälligkeit einer Branche ab. Die Angaben zum Zahlungsverhalten werden zum einen aus dem Creditreform ZaC Pool der Zahlungserfahrungen gewonnen und zum anderen anhand einer Befragung zum Kundenzahlungsverhalten erhoben.

Schließlich bestimmen strukturelle Marktzugangsbedingungen das Gründungsklima einer Branche. Falls hohe Hürden für den Markteintritt existieren, wird eine Neugründung eher unterbleiben. Solche Markteintrittsschranken sind beispielsweise der erforderliche Kapitalbedarf zur Finanzierung von betriebsnotwendigen Anlagevermögen. Die Höhe dieses Bedarfs lässt sich aus Bilanzdaten ablesen, da das Produktivkapital eines Unternehmens in der Bilanz gesondert ausgewiesen wird. Bei kleinen Unternehmen (bis zu zehn Beschäftigten) lässt sich über die Höhe dieses Vermögens der Kapitalbedarf eines Branchenneulings abschätzen. Dabei wirkt ein hoher Kapitalbedarf als Markteintrittsbarriere, die Gründungen erschwert. Zusätzlich verrät ein Blick auf die Altersstruktur der Branche vorhandene Schwierigkeiten für junge Unternehmen beim Markteintritt. Ist der Anteil junger Betriebe in der Branche hoch, deutet das auf einen relativ einfachen Zugang in den Markt und eine aktuell vitale Gründungsintensität hin.

Branchenspezifisches Gründungsklima Frühjahr 2007

Einflussfaktoren	Gewichtung	Gesamtwirtschaft	Baugewerbe	Chemie/Kunststoff	Einzelhandel	Großhandel	Grundstoffe	Konsumgüter	konsumnahe DL	Metall/Elektro	unternehmensnahe DL	Verkehr/Logistik
Gründungsklima		2,3	2,6	1,9	2,5	2,0	2,3	2,2	2,4	2,1	2,2	2,4
HR-Unternehmensgründungen, abs. (1. Halbjahr 2007) Creditreform Hochrechnung		48.000	3.234	273	3.546	4.902	822	572	3.843	1.893	25.626	2.195
Unternehmensbestand (Creditreform Bonitätsindex)		2.709.819	339.210	12.425	398.684	256.232	54.910	55.629	430.174	132.288	765.259	119.707
Gründungsquote (Gründungen je 10.000 Unternehmen)		177	95	220	89	191	150	103	89	143	335	183
Konjunktur	Geschäftsklima	23,4	10,3	35,1	5,3	32,8	24,2	28,7	15,5	37	26,4	25,4
	Konjunktur	0,35	2,1	2,6	1,6	2,8	1,7	2,0	1,9	2,4	1,5	1,9
Finanzierungsbedingungen	Bonität	258	261	241	255	255	250	246	260	250	259	261
	Bewertung	1,00	1,05	0,76	0,95	0,95	0,88	0,83	1,03	0,88	1,02	1,05
	gewichtete langfristige Zinsen (durchschn.)	5,03	5,27	3,83	4,80	4,80	4,43	4,16	5,19	4,43	5,11	5,27
	Bewertung	58	52	88	63	63	72	79	54	72	56	52
	Finanzierungsprobleme	20,9	26,5	0,0	15,9	9,7	23,3	14,3	22,6	25,2	22,6	15,6
	Bewertung	58	47	100	68	81	53	71	55	50	55	69
	Finanzierungsbedingungen	0,3	2,7	3,0	1,3	2,4	2,2	2,4	1,9	2,8	2,4	2,8
Insolvenzrisiko	CRI	2,19	2,86	1,44	2,5	2,23	1,72	3,45	1,61	1,64	1,7	3,45
	Insolvenzquote	219	286	144	250	223	172	345	161	164	170	345
	Bewertung	64	52	76	58	63	71	43	73	73	72	43
	Zahlungsverhalten der Kunden	36,9	28,4	41,4	39,7	40,4	46,1	24,8	42,1	39,2	39,3	28,4
	Bewertung	68	64	71	70	70	73	62	71	70	70	64
	Zahlungsverhalten der Branche	15,2	15,83	12,34	14,22	13,3	13,7	14,05	16,53	13,19	14,88	16,2
	Insolvenzrisiko	0,15	2,4	2,7	2,1	2,4	2,3	2,1	2,3	2,5	2,2	2,2
Marktzugangsbedingungen	Altersstruktur***	46,7	51,4	65,5	53,6	54,6	66,7	71,3	41,4	62,4	41,2	51,7
	Bewertung	71	65	46	62	61	44	38	78	50	78	64
	Finanzbedarf** (Tsd. €)	73	30	287	37	37	57	132	41	75	109	170
	Marktzugangsbedingungen	0,2	2,0	2,0	3,4	2,1	2,2	2,7	3,1	1,7	2,6	1,9

** Schätzung anhand des Median des Anlagevermögens von kleinen Unternehmen (1-10 Beschäftigte und bis zu 2 Mio. Jahresumsatz); Quelle: DAFNE

*** Anteil der Unternehmen >=10 Jahre

Neuss, 12. Juni 2007

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Anne Sahm, Telefon: (02131) 109-229

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2007, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.